Wir ergreifen Partei für Frieden, Demokratie, Völkerrecht und Solidarität

Rede von Martin Pfister *(Teil 1)* und Daniela Mittelholzer *(Teil 2)*, Co-Präsidium SP AI am 14. Parteitag vom 29. Mai 2026

Es gilt das gesprochene Wort.

Teil 1

Liebe Parteimitglieder
Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde
Geschätzte Anwesende

Aktuell kommen Angriffe auf bewährte Institutionen, die unser Zusammenleben regeln, weltweit immer bedrohlicher in Mode. Demokratische Prinzipien, Menschenrechte oder internationale Abkommen, welche der Welt Stabilität bringen, werden verhöhnt, missachtet oder gar gekündigt. Aktuellstes Beispiel in unserem Land ist die Initiative «Keine 10 Millionen Schweiz», über die wir Mitte Juni abstimmen. Diese Initiative gefährdet in geopolitisch unsicheren Zeiten Brücken zu unseren Europäischen Verbündeten. Sie provoziert unter anderem die Kündigung der Bilateraler Verträge mit Europa und Abkommen, die internationale Standards des Zusammenlebens regeln wie die Menschenrechts-, Flüchtlings- und Kinderrechtskonvention.

Unser heutiger Parteitag steht deshalb ganz im Zeichen der Stärkung solcher Institutionen. Auf der Plakette bei der Friedensfahne, die wir heute eingeweiht haben, steht: *«Dieser Ort steht für die Stärkung von Frieden, Demokratie, Völkerrecht und Solidarität.»* Ich lege in meiner Rede den Schwerpunkt auf das humanitäre Völkerrecht als Teil des umfassenden Völkerrechts – das Regelwerk, welches in Kriegen und bewaffneten Konflikten gilt. Es wurde mit den Genfer Konventionen von Menschen erschaffen, die im Zweiten Weltkrieg Besatzung, Vertreibung und Völkermord erlebt haben. Damit sollen Auswirkungen von Gewalt in bewaffneten Konflikten begrenzt, der Schutz von Personen, die nicht oder nicht mehr an Kampfhandlungen teilnehmen gewährt und die Methoden der Kriegführung eingeschränkt werden.

Fakt ist: Es wird gegenwärtig – in diesen «Stunden der Raubtiere» – mit grosser Wucht angegriffen. Der russische und US-amerikanische Präsident wie auch die Regierungen Chinas, Israels und Indiens machen was sie wollen.

Noch vor 30 Jahren war das anders. Erinnern wir uns an den Balkankrieg: Damals wurde Völkerrecht umgesetzt, was zu Frieden, Stabilität und demokratischer Ordnung führte. Zum Beispiel in Bosnien – ein Land, wo in Srebrenica ein schrecklicher Völkermord begangen wurde; wo die Hälfte der Bevölkerung mit dem Ziel einer ethnischen Säuberung gewaltsam vertrieben wurde und 100'000 Menschen ums Leben kamen. Mit der Durchsetzung völkerrechtlicher Prinzipen wurden Kriegsverbrecher wie Ratko Mladić oder Radovan Karadžić, die unter anderem für das Massaker von Srebrenica mit 8000 Toten mitverantwortlich waren, von einen Internationalen Strafgerichtshof verurteilt und eingesperrt. Und Bosnien erhielt eine Verfassung eines auf Menschenrechten und demokratischen Regeln basierenden pluralistischen Staates.

30 Jahre später müssen wir erkennen, dass wir von einer solchen Umsetzung des Völkerrechts weit entfernt sind. Der Angriff Russlands auf die Ukraine, die Eskalation des Nahostkonflikts, der Angriff der USA und Israels auf den Iran – das sind nur einige der aktuellsten Beispiele – zeigen, wie brüchig die internationale Rechtsordnung geworden ist.

Dieselben Prinzipien, welche auf dem Balkan zu Frieden geführt haben, werden heute als Illusion bezeichnet. Macht und Unterdrückung herrschen vor. Es werden laufend unbestraft Kriegsverbrechen und Verbrechen an der Menschlichkeit entgegen dem vorhandenen Recht durchgeführt. Es gilt je länger je mehr das Recht des Stärkeren über der Stärke des Rechts. Und dieser Kreislauf der Gewalt hört nicht auf.

Doch die Geschichte lehrt uns, wie wichtig es ist, das Völkerrecht als tragendes Instrument einer friedlichen Weltordnung zu verteidigen und Ansprüche auf Gerechtigkeit, Menschenwürde und Schutz vor Gewalt durchzusetzen. Völkerrecht und Menschenrechte – geschätzte Anwesende – gehen uns alle an. Deshalb wollen wir mit unserer Friedensfahne, ein Zeichen für die Stärkung von Frieden, Demokratie, Völkerrecht und Solidarität setzen. Diese Botschaft zieht sich auch als Bogen über unseren Parteitag: am Anfang die Einweihung der Friedensfahne, am Ende der Dokumentarfilm über Armando Ghisalbertis Erinnerungen an die Kriegswirren vom Oktober 1944 um die Bagni di Craveggia. Er berichtet über seinen Militärdienst im Zweiten Weltkrieg bei der Rettung vieler aus Italien vertriebener verzweifelter Partisanen, die zuhinterst im Onsernonetal in der Schweiz Zuflucht suchten. Diese Dokumentation ist ein eindrückliches Zeitdokument gegen das Vergessen und auch ein Appell für die Dringlichkeit des humanitären Völkerrechts.

Liebe Parteimitglieder
Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde
Geschätzte Anwesende
Völkerrecht und Menschenrechte gehen uns alle an. Dafür ergreifen wir Partei. Vielen Dank.

Teil 2

Liebe Parteimitglieder
Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde

Gerade eben haben wir eine weisse Fahne gehisst. Wir, die als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Farbe Rot in unserem Parteilogo tragen.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, diese beiden Farben stünden für Gegensätze. Rot und Weiss. Engagement und Zurückhaltung. Kampf und Frieden. Aber eigentlich passen diese beiden Farben sehr gut zusammen. Rot steht für den Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Für Solidarität. Für die Überzeugung, dass man Ungleichheit und Ausgrenzung nicht einfach hinnehmen darf. Die rote Farbe erinnert daran, dass Fortschritt nie selbstverständlich war. Und Weiss steht für Frieden. Für Menschlichkeit. Für Respekt. Für die Hoffnung, dass Konflikte mit Regeln und Gesprächen gelöst werden können — und nicht mit Gewalt.

Martin hat vorhin davon gesprochen, wie fest diese Regeln und Institutionen heute unter Druck geraten sind. Wie internationale Zusammenarbeit zunehmend schlechtgeredet wird. Wie wieder stärker das Recht des Mächtigeren zählt.

Und wir sehen diese Entwicklung nicht nur irgendwo weit weg. Auch bei uns erleben wir, wie politische Debatten härter werden. Wie einfache Antworten auf komplexe Fragen versprochen werden. Ein Beispiel dafür ist – Martin hat es auch erwähnt – die sogenannte «10-Millionen-Schweiz»-Initiative der SVP.

Natürlich müssen wir über Herausforderungen wie Wohnraum, Verkehr oder Infrastruktur diskutieren. Aber diese Initiative vermittelt den Eindruck, die Probleme unserer Zeit liessen sich lösen, indem man sich abgrenzt und internationale Beziehungen infrage stellt.
Dabei lebt die Schweiz seit Jahrzehnten genau vom Gegenteil.
Unser Land ist stark geworden, weil Zusammenarbeit funktioniert hat. Weil Regeln galten. Weil man verstanden hat, dass auch ein kleines Land auf stabile Beziehungen und gegenseitigen Respekt angewiesen ist.

Und vielleicht gilt das gerade auch für Appenzell Innerrhoden. Wir sprechen hier oft von Traditionen und direkter Demokratie. Darauf dürfen wir auch stolz sein. Aber gleichzeitig müssen wir ehrlich genug sein zu sagen: Auch unser politisches System muss sich weiterentwickeln, wenn sich die Gesellschaft verändert. Genau deshalb haben wir am 27. Mai die Proporz-Initiative eingereicht. Nicht, weil wir unsere Traditionen abschaffen wollen. Sondern weil Demokratie dann stark bleibt, wenn möglichst viele Stimmen gehört werden.
In der Begründung der Initiative steht ein wichtiger Satz: Unsere Gesellschaft ist vielfältiger geworden — und diese Vielfalt soll auch im Grossen Rat fair abgebildet werden.
Ich finde, genau darum geht es.

Demokratie bedeutet nicht nur, dass eine Mehrheit entscheidet. Demokratie bedeutet auch, dass Minderheiten sichtbar bleiben. Dass unterschiedliche Meinungen Platz haben. Dass politische Mitsprache nicht davon abhängt, ob man die richtigen Leute kennt oder an einem Sonntagmorgen persönlich anwesend sein kann.

Auch das gehört zu Frieden und Zusammenhalt. Nicht einfach Harmonie. Sondern faire Regeln. Beteiligung. Respekt gegenüber anderen Sichtweisen.
Darum passt die weisse Friedensfahne heute für mich sehr gut zu unserem roten Parteilogo. Denn Frieden und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen.
Und vielleicht passt es auch deshalb so gut, dass Rot und Weiss gleichzeitig die Farben der Schweiz sind. Nicht als nationalistisches Symbol. Sondern als Erinnerung daran, dass unser Land dann stark ist, wenn Demokratie, Solidarität und Menschlichkeit zusammenkommen.
Vielen Dank.